



# **Jahresziele 2000**

## **der Eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei**

gemäss Art. 51 Regierungs- und  
Verwaltungsorganisationsgesetz  
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 1. März 2000)

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	1
-------------------------	---

## **Jahresziele 2000 der Departemente und der Bundeskanzlei**

– Bundeskanzlei.....	2
– Departement für auswärtige Angelegenheiten.....	6
– Departement des Innern .....	11
– Justiz- und Polizeidepartement .....	16
– Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	21
– Finanzdepartement.....	24
– Volkswirtschaftsdepartement .....	26
– Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.....	32

<b>Anhäng 1:</b> Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2000: Überblick .....	36
---	----

<b>Anhang 2:</b> Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2000: Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte.....	38
---	----

## Einleitung

Gemäss Art. 51 RVOG planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Artikel 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrats für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente, sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrats innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrats um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Somit kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

# ZIELE FÜR DAS JAHR 2000

## Bundeskanzlei

<b>Jahresziele 2000</b> * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2000	<b>Massnahmen 2000</b>
<u><a href="#">Ziel 1</a></u> * <b>Klare Positionierung der bundesrätlichen Politik im Rahmen der Legislaturplanung 1999-2003</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Bericht über die Legislaturplanung liegt bis März 2000 vor</li><li>➤ Der Bericht über die Legislaturplanung ist prägnant formuliert und strategisch ausgerichtet</li><li>➤ Die "öffentlichkeitswirksame Kurzfassung der Legislaturplanung" liegt zu Beginn der Sommersession 2000 der eidg. Räte vor</li></ul>
<u><a href="#">Ziel 2</a></u> <b>Kohärente Information und Kommunikation, basierend auf der Legislaturplanung 1999-2003</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Festlegung der Schwerpunkte und Erarbeitung entsprechender Kommunikationsstrategien</li><li>➤ Fertigstellung des Berichts über die Tätigkeit des Bundesrates und der Bundesverwaltung im Vorfeld von Volksabstimmungen</li><li>➤ Weiterentwicklung des Internet-Angebots, u.a. mit dem Ziel der Direktübertragung von Medienkonferenzen aus dem Bundeshaus</li><li>➤ Überprüfung der Informationsstrukturen in ausserordentlichen Lagen – im Sinne der Motion Müller (99.3076)</li><li>➤ Ausbildung des Stabes BR Info Zen, vorab in den Bereichen Stabsarbeit und Radioaktivität</li></ul>

<p><b><u>Ziel 3</u></b>  <b>Legislaturplanung / Jahresziele / Geschäftsbericht: Umsetzung der Massnahmen der Produktevaluation</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Alle Massnahmen der Produktevaluation 1999 sind bis Ende August 2000 umgesetzt</li> <li>➤ Durchführung einer Kurzevaluation der Erstellung der Legislaturplanung / Jahresziele / Geschäftsberichts mittels eines standardisierten Fragebogens bis Ende März 2000</li> <li>➤ Schaffung einer BK-Intranet-Site für die Vereinfachung des Verkehrs mit den Generalsekretariaten (bis Ende August 2000), insbesondere Bereitstellung der Vorlagen für die Jahresplanung 2001 und den Geschäftsbericht 2000 (Frist Mitte September 2000)</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 4</u></b>  <b>EXE – Informatisierung Bundesratsgeschäfte und festlegen der Kern- und Supportprozesse in der BK</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Beginn Einführung und Freigabe des Systems; schrittweise Ablösung bzw. Reduktion der konventionellen Steuerungsinstrumente und Dokumente</li> <li>➤ Sämtliche Kern- und Supportprozesse in der BK sind festgelegt und Doppelspurigkeiten eliminiert</li> <li>➤ Die wichtigsten Prozesse in der Dienstleistungserbringung der BK sind analysiert, auf Verbesserungen und Vereinfachungen hin überprüft, allfällige Doppelspurigkeiten ausgeräumt. Die in diesen Prozessen eingebunden Dienste und Personen kennen die vollen Abläufe. Ihr Beitrag wird bezüglich Teamorientierung von den Linienverantwortlichen bei den Mitarbeitergesprächen ausgewertet</li> <li>➤ Optimierte, nach den Kernprodukten priorisierte Ressourcensteuerung ist umgesetzt. Die Soll-Vorgaben von NOVE-DUE sind erfüllt</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 5</u></b>  <b>Abschluss des Projekts KAV</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Projektphase abgeschlossen Termin: 31.3.2000</li> <li>➤ Alle neuen Geschäfte im System sind KAV-konform / Termin: 30.6.2000</li> <li>➤ Reduktion der Verzögerungen bei AS/BBI; Geschäfte, die nicht innert 8 Tagen nach der Beschlussfassung des BR im Netz zur Verfügung stehen, werden begründungsbedürftig Termin: 31.12.2000</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 6</u></b></p> <p><b>Abschluss des Projekts Regierungs- und Verwaltungsreform und Festlegung der nächsten Schritte im Reformprozess</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Auswertung, Schlussbericht und Abschluss des Projekts (inklusive der Festlegung der Verantwortlichkeiten für die verbleibenden Umsetzungen) Termin: 31.12.2000</li> <li>➤ Abschluss der rechtlichen Umsetzung (insbesondere neue Organisationsverordnungen und Straffung Organisationsrecht) Termin: 31.12.2000</li> <li>➤ Ausarbeitung von Vorschlägen für die Fortsetzung des Prozesses der Verwaltungsreform Termin: 30.9.2000</li> <li>➤ Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte BPR ist bis Ende Oktober 2000 verabschiedet</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 7</u></b></p> <p><b>Strategische Führungsausbildung: Umsetzung des Ausbildungskonzeptes 1999-2003</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Kernstab SFA operationell (personell, funktionell, örtlich)</li> <li>➤ Richtlinien für die Ausbildungsprojektführung erstellt und erprobt</li> <li>➤ Ein erstes Modul Krisenmanagement (Stabs-tätigkeit und Führungsrhythmus) durchgeführt</li> <li>➤ Zusammenarbeitskonzept SFA-EPA im Bereich Strategische Kernkompetenzen erstellt</li> <li>➤ Übung Info/Komm in der Krise (HERMES-BK) durchgeführt</li> <li>➤ Ein Krisenunterstützungsteam mit Vertretern aller Departemente gebildet</li> <li>➤ Homepage SFA: Testphase abgeschlossen</li> <li>➤ Ausbildungszusammenarbeit mit Kantonen, VBS und EFD/EPA geregelt</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 8</u></b></p> <p><b>Zeitlich und fachlich korrekte Umsetzung der neuen Personalpolitik des Bundes</b></p>	<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Führungsverantwortlichen und das Personal ist im Zusammenhang des neuen BPG, des neuen Beurteilungssystems und des neuen Lohnsystems stufengerecht und praxisbezogen bis im Dezember 2000 informiert und geschult</li><li>➤ Neues Lohnsystem: Die notwendigen BK-internen Richtlinien und Massstäbe hinsichtlich Handhabung, Transparenz und Kohärenz sind bis Dezember 2000 festgelegt und geschult</li><li>➤ Die Mitarbeiterbeurteilungen im Oktober/November 2000 werden mit den neuen Unterlagen durchgeführt</li><li>➤ Zielvereinbarungen: Die Führungsverantwortlichen sind bis im Herbst 2000 hinsichtlich Zielformulierung, Bewertung/Kontrolle und Besprechung geschult</li></ul>
---	--

# ZIELE FÜR DAS JAHR 2000

## Departement für auswärtige Angelegenheiten

<b>Jahresziele 2000</b> * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2000	<b>Massnahmen 2000</b>
<p><b><u>Ziel 1</u> *</b></p> <p><b>Botschaft zum UNO-Beitritt – Öffentlichkeitsarbeit</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Durchführung der Vernehmlassung zur Botschaft zum UNO-Beitritt</li> <li>➤ Begleitung der parlamentarischen Debatte zur Botschaft zum UNO-Beitritt</li> <li>➤ Intensivierte Informationsanstrengungen über die Tätigkeiten der Schweiz in der UNO und über die UNO im Allgemeinen, um in der Bevölkerung die Grundlagen für eine nuancierte Beitrittsdebatte zu schaffen</li> <li>➤ Umsetzung des Informationskonzeptes zum Beitritt der Schweiz zur UNO</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 2</u> *</b></p> <p><b>Umsetzung bilaterale sektorielle Abkommen mit der EU</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Abschluss des internen Genehmigungsverfahrens der sektoriellen Abkommen und möglichst rasche Ratifikation der Abkommen durch die Schweiz</li> <li>➤ Begleitung des externen Genehmigungsverfahrens für die sektoriellen Abkommen im Europäischen Parlament und – für das Abkommen über den freien Personenverkehr – in den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten</li> <li>➤ Intensivierung der Informationen für die Öffentlichkeit über den Inhalt der sieben Abkommen</li> <li>➤ Unterstützung der interessierten Kreise bei der Umsetzung der Abkommen</li> </ul>



<p><b><u>Ziel 3</u> *</b></p> <p><b>Mitwirkung an den internationalen Anstrengungen für eine dauerhafte Stabilisierung des Balkans</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Weiterführung der Instrumente des EDA zur Stabilisierung und für den Wiederaufbau der Region (technische Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Rückkehrhilfeprogramm für Kosovo, friedensfördernde Massnahmen)</li> <li>➤ Weiterführung des Einsatzes schweizerischer Experten in den internationalen Missionen, welche der Stabilisierung und Friedenserhaltung dienen</li> <li>➤ Aktive Teilnahme an den Arbeitstischen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, Beteiligung an Projekten</li> <li>➤ Erhaltung der schweizerischen Präsenz in den internationalen Aktivitäten in Serbien (ausserhalb Kosovos) und in Montenegro</li> <li>➤ Abstimmung der restriktiven Massnahmen gegen das Regime in Belgrad mit den wichtigsten Partnern der Schweiz</li> <li>➤ Einsatz der durch die Eröffnung von Vertretungen in Skopje und in Pristina erhaltenen neuen Kapazitäten</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 4</u> *</b></p> <p><b>Schaffung der KOKO-Nachfolgeorganisation "Präsenz Schweiz" (PRS)</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Vertretung der bundesrätlichen Botschaft über die Neuorientierung und Verstärkung der KOKO mit Bundesgesetz über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland im Ständerat (Zweitrat) in der Märzsession 2000</li> <li>➤ Ausarbeitung und Verabschiedung der bundesrätlichen Verordnung über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland</li> <li>➤ Konstituierung der PRS-Kommission und – Geschäftsstelle (inklusive Rekrutierung des zusätzlich benötigten Personals)</li> <li>➤ Lancierung des USA-Aktionsprogrammes, Bereitstellung der entsprechenden Organisationsstruktur und Logistik</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 5 *</u></b>  <b>Schaffung eines "Corps" von freiwilligen zivilen Experten im Bereich der Friedensförderung – Erarbeitung des Berichtes "Sicherheit und nachhaltige Entwicklung"</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Erarbeitung eines Konzeptes für die Schaffung eines Corps ziviler Friedensexperten. Es soll unter anderem darlegen, wie Rekrutierung, Ausbildung und Begleitung von Experten gestaltet werden müssen, um – abgestimmt auf UNO und OSZE – möglichst effizient und schnell dem internationalen Bedarf entsprechen zu können. Beginn der Umsetzung des Konzeptes in die Praxis</li> <li>➤ Ausarbeitung eines Berichtes über Sicherheit und nachhaltige Entwicklung (IDARio)</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 6</u></b>  <b>Förderung der Konfliktprävention und -lösung in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ausbau von Konfliktbearbeitungskapazitäten in der Schweiz, sei es innerhalb der Bundesverwaltung oder durch die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften</li> <li>➤ Durchführung einer Ministerkonferenz über Menschliche Sicherheit im Zuge des Lysøen-Prozesses, Mai 2000, Luzern</li> <li>➤ Teilnahme an der zweiten Konferenz der Vertragsparteien des Ottawa Minenverbotsvertrages, September 2000, Genf; Weiterführung des Engagements für Aktionen im Kampf gegen Minen, vor allem durch die Unterstützung von Entminungsprojekten und von Massnahmen zur Umsetzung des strategischen "Frameworks" für die Minenopferhilfe</li> <li>➤ Beteiligung am Vorbereitungsprozess für die UNO-Konferenz über Kleinwaffen, 2001; Massnahmen gegen die Kleinwaffenproliferation im Rahmen von regionalen Organisationen wie der OSZE oder dem EAPC</li> <li>➤ Teilnahme an den Verhandlungen über ein Zusatzprotokoll zum Biologiewaffenübereinkommen; Kampagne für den Sitz der künftigen Biologiewaffenorganisation in Genf, u.a. mit Publikation einer Broschüre über "Genf und die Abrüstung"</li> <li>➤ Überprüfung der Schweizer Positionen zur nuklearen Abrüstung; Interventionen an der Überprüfungskonferenz des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 7</u></b> <b>Einsatz für die Menschenrechte und Förderung des humanitären Völkerrechtes</b></p>	<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Bilaterale Menschenrechtsdialoge: Konsolidierung und Vertiefung nach Evaluation</li><li>➤ Menschenrechtsbeobachter: Ausbildung (zwei Kurse in Genf), Einsatz nach Bedarf und Möglichkeit, Evaluation der zweijährigen Versuchsphase und Entscheid über die Art der Weiterführung</li><li>➤ Vorbereitungen für die Annahme der Fakultativprotokolle zum Kinderrecht und zur UNO-Folterkonvention und Ratifizierung des Fakultativprotokolls I zum Pakt über bürgerliche und politische Rechte</li><li>➤ Mandat im Rahmen des Nahöstlichen Friedensprozesses (menschliche Dimension): Teilnahme am multilateralen Prozess (insbesondere Förderung der Menschenrechte und des interkulturellen Verständnisses), Unterstützung von Projekten aus dem ad-hoc-Kredit und Umsetzung von Massnahmen im Rahmen des Mandats</li><li>➤ Vorbereitungen für die Ratifikation des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes: Ausarbeitung und Unterbreitung der Botschaft</li><li>➤ Förderung und weitere Verankerung des humanitären Völkerrechtes im Rahmen von EAPC/PfP: Vorbereitung und Durchführung von Workshops und Seminaren mit besonderer Berücksichtigung aktueller Bezüge (Standards bei multinationalen Streitkräften; Doktrin; Strafverfolgung) sowie Beiträge zur Vertiefung des humanitären Völkerrechts an PfP-Ausbildungszentren</li></ul>
---	--

<p><b><u>Ziel 8</u></b>  <b>Entwicklungszusammenarbeit:          Durchführung des Länderex-          amens der schweizerischen Ent-          wicklungszusammenarbeit durch          das Development Assistance          Committee (DAC) der OECD, vor          allem hinsichtlich der Kohärenz in          den Beziehungen der Schweiz mit          Entwicklungsländern</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Inhaltliche Mitwirkung des Fachamtes bei Re- daktion und Bereinigung des DAC- Memorandums</li> <li>➤ Organisation und effiziente Abwicklung der Feldbesuche der Examinatoren-Equipe</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 9</u></b>  <b>Verstärkung der Präsenz der          Schweizer in internationalen          Organisationen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Aufbau eines Netzes von Ansprechpartnern innerhalb der Bundesverwaltung</li> <li>➤ Evaluation von Arbeitsmöglichkeiten inner- halb von internationalen Organisationen, ins- besondere in jenen, an welche die Schweiz Beiträge zahlt; Unterhalt von Kontakten zu den dort tätigen Schweizern</li> <li>➤ Information von Bundesämtern und Universi- täten über die Arbeitsmöglichkeiten in inter- nationalen Organisationen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 10</u></b>  <b>Förderung der Stellung der          Schweiz und Genfs als Zentrum          internationaler Organisationen          und Konferenzen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Unterbreitung der Botschaft über die finan- ziellen Massnahmen zugunsten der internati- onalen Organisationen in Genf an die eidgenös- sischen Räte, Annahme der vorgeschlagenen Gesetze</li> <li>➤ Lösung der gegenwärtigen Raumprobleme (Interparlamentarische Union, Welthandelsor- ganisation, ONUSIDA)</li> <li>➤ Förderung des Internationalen Hauses der Umwelt</li> <li>➤ Unterstützung internationaler Konferenzen in Genf (namentlich die Spezialsession der UNO- Generalversammlung über die soziale Ent- wicklung im Juni 2000)</li> </ul>

# ZIELE FÜR DAS JAHR 2000

## Departement des Innern

<b>Jahresziele 2000</b> * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2000	<b>Massnahmen 2000</b>
<p><b><u>Ziel 1</u> *</b></p> <p><b>Umsetzung des Universitätsförderungsgesetzes und des Forschungsgesetzes und Vorbereitung neuer verfassungsrechtlicher Grundlagen und Reformen im Hochschulbereich</b></p>	<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Umsetzung der projektgebundenen Beiträge in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Universitätskonferenz (Campus Virtuell, Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau im universitären Bereich, Nachwuchsförderung, Aufbau des schweizerischen Netzwerks für Innovation [SNI], Ausbau des Informationsnetzes der schweizerischen Universitäten [SWITCHng], Kooperationsprojekte der kantonalen Universitäten)</li><li>➤ Abschluss einer Zusammenarbeitsvereinbarung Bund/Kantone im universitären Hochschulbereich</li><li>➤ Institutionalisieren eines Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung</li><li>➤ Einführen von Leistungsvereinbarungen für die Institutionen gemäss UFG (IUHEI, WBZ, Kurt Bösch Institut, IUED)</li><li>➤ Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Science et Cité</li><li>➤ Evaluation und Optimierung der Leistungsvereinbarungen mit dem Nationalfonds, den vier Akademien und den Institutionen, die gemäss Forschungsgesetz unterstützt werden</li><li>➤ Reform des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates</li><li>➤ Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für den Aufbau der ersten Serie der Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) im universitären Hochschulbereich</li></ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Vorarbeiten zu einem Hochschulartikel in der Bundesverfassung</li> <li>➤ Erarbeiten einer Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 2 *</u></b>  <b>Integration der schweizerischen Bildung und Forschung in die internationale Zusammenarbeit</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Vorbereitung der Verhandlungen für die integrale Beteiligung der Schweiz an den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen und Aufbau der entsprechenden Begleitorganisationen</li> <li>➤ Erarbeiten eines Gesamtkonzepts zur Wissenschaftsaussenpolitik</li> <li>➤ Verstärkung des Netzwerkes der Wissenschaftsräte</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 3 *</u></b>  <b>Umsetzung des Verfassungsauftrags im Bereich der Statistik und Weiterentwicklung der statistischen Grundlagen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Verabschiedung des Statistischen Mehrjahresprogramms (MJP) 1999-2003</li> <li>➤ Hauptziele für das Jahr 2000 aus dem MJP 1999-2003             <ul style="list-style-type: none"> <li>– Durchführung der Volkszählung 2000 mit Stichtag 5. Dezember</li> <li>– Weiterentwicklung der Statistiken über das Gesundheitswesen und die Soziale Sicherheit</li> <li>– Einführung des revidierten Landesindex der Konsumentenpreise (LIK 2000)</li> <li>– Revision des Betriebs- und Unternehmensregisters (BUR 2000) als Grundlage für die Durchführung von Unternehmensbefragungen</li> </ul> </li> <li>➤ Eröffnung der Vernehmlassung zu einem Gesetz über die Harmonisierung von Personenregistern</li> <li>➤ Inkraftsetzung der Verordnung über die Führung eines Gebäude- und Wohnungsregisters. Aufbau des Registers in Zusammenarbeit mit den Kantonen</li> <li>➤ Durchführung eines "Peer Reviews" für das</li> </ul>

	<p>System der amtlichen Statistik in der Schweiz durch ausländische Experten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Erarbeitung von Entscheidungsunterlagen über den künftigen Status des BFS (z.B. FLAG)</li> </ul>
<p><b>Ziel 4 *</b> <b>Erhaltung des Leistungsniveaus in der AHI-Vorsorge</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Unterbreitung der Botschaften zur 11. AHV- und zur 1. BVG-Revision mit den Schwerpunkten flexibles Rentenalter und Erhaltung der Kaufkraft der Renten der AHV und der IV</li> <li>➤ Eröffnen der Vernehmlassung zum zweiten Teil der 4. IV-Revision mit den Schwerpunkten Einführung einer Assistenzentschädigung und Schaffung eines Anreizsystems zur beruflichen Eingliederung behinderter Personen</li> </ul>
<p><b>Ziel 5 *</b> <b>Verbesserung der Instrumente zur Kosteneindämmung und Herstellung der Transparenz in der Krankenversicherung</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Erarbeiten der Botschaft zu einer Teilrevision des KVG zur Frage der Spitalfinanzierung</li> <li>➤ Verabschiedung von Verordnungsbestimmungen für ein neues Abgeltungsmodell im Medikamentenbereich</li> <li>➤ Verabschiedung der Verordnung über Kostenrechnung und Leistungsstatistik</li> <li>➤ Vorbereiten des Entscheids zur Einführung des Tarmed</li> </ul>
<p><b>Ziel 6 *</b> <b>Suchtprävention und Förderung der öffentlichen Gesundheit</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Botschaft zu einer Revision des Betäubungsmittelgesetzes</li> <li>➤ Regelung von Anbau und Handel von Cannabis auf Verordnungsstufe</li> <li>➤ Das nationale Programm zur Tabak-Prävention 2001-2006 wird dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet und der Öffentlichkeit vorgestellt</li> <li>➤ Konsolidierung der Vier-Säulen-Politik im Bereich der illegalen Drogen durch Sicherstellung der abstinenzorientierten Therapien und Koordination der unterschiedlichen Massnahmen</li> <li>➤ Zusammen mit den Kantonen und der Schweizerischen Stiftung für Gesundheitsförderung wird eine Kampagne zur Verbesserung der Impfung der schweizerischen Bevölkerung ge-</li> </ul>

	<p>plant, so dass sie 2001 gestartet werden kann</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Aufnahme der Arbeiten zur Errichtung eines Gesundheitsobservatoriums und Weiterführen des Dialogs mit den Kantonen im Hinblick auf eine nationale Gesundheitspolitik</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 7</u></b>  <b>Weiterentwicklung der Humanmedizin</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Vorbereitung des Ordnungsrechts zum Heilmittelgesetz und zum Schweizerischen Heilmittelinstitut</li> <li>➤ Vorbereitung der Vollzugsverordnungen zum Chemikaliengesetz</li> <li>➤ Inkraftsetzung der Regelungen für die Xenotransplantation</li> <li>➤ Die Grundausbildung der akademischen Medizinalberufe wird nach geführter Vernehmlassung bereinigt und mit dem Gesetz über die Weiterbildung der akademischen Medizinalberufe zu einem einzigen Gesetzesentwurf zusammengeführt. Dieser soll Ende 2000 vorliegen</li> <li>➤ Vorarbeiten zu einem Gesetz für die Forschung am Menschen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 8 *</u></b>  <b>Förderung der schweizerischen Kultur und des nationalen Zusammenhalts</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Botschaft und Entwurf zu einem Sprachengesetz</li> <li>➤ Botschaft zu einer Revision des Filmgesetzes</li> <li>➤ Botschaft zu einem Bundesgesetz zur Bildung der Stiftung Schweizerisches Landesmuseum</li> <li>➤ Botschaft zur Errichtung einer Bundesstiftung für die Fotografie</li> <li>➤ Revision der Verordnung über die eidgenössische Kunstpflege</li> <li>➤ Revision der Verordnung über die Förderung und Hebung der angewandten Kunst</li> <li>➤ Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Ratifikation der UNESCO-Konvention 1970 zur Bekämpfung des illegalen Kulturgütertransfers und zu einem Bundesgesetz über den Kulturgütertransfer</li> </ul>



<p><b><u>Ziel 9</u></b>  <b>Verbesserung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Veröffentlichen und umsetzen des Berichts über die qualitative Evaluation der Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz</li> <li>➤ Unterstützen der verschiedenen AdressatInnen bei der Umsetzung des "Nationalen Aktionsplans" für die Gleichstellung von Frau und Mann</li> <li>➤ Erarbeiten einer Pilotstudie über die zur Umsetzung des umfassenden Gleichstellungsansatzes erforderlichen praktischen Instrumente</li> <li>➤ Erarbeiten und durchführen einer Kampagne über die Vereinbarkeit der familiären und beruflichen Tätigkeiten</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 10</u></b>  <b>Umsetzung des Bundesgesetzes über die Archivierung und Bestandserhaltung des Archivguts</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Erlass einer Weisung über die archivierungspflichtigen Organe ausserhalb des Bundes</li> <li>➤ Erarbeiten bzw. abschliessen von Vorgehensplänen und Vereinbarungen über die vorschriftsgemässe Aktenführung für alle anbieterpflichtigen Bundesstellen</li> <li>➤ Abschliessen von Vereinbarungen über die selbständige Archivierung mit den wichtigsten autonomen Anstalten</li> <li>➤ Informieren der gemäss BGA neu archivierungspflichtigen Stellen über die entsprechenden Vorschriften</li> <li>➤ Aufnahme des Probetriebs der Massensäuerungsanlage in Wimmis</li> </ul>

# ZIELE FÜR DAS JAHR 2000

## Justiz- und Polizeidepartement

<b>Jahresziele 2000</b> * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2000	<b>Massnahmen 2000</b>
<p><b><u>Ziel 1</u> *</b></p> <p><b>An den Institutionenreformen und der Umsetzung der Justizreform weiterarbeiten</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über das Bundesgericht und zur Gesetzgebung über die richterlichen Vorinstanzen des Bundesgericht (im Verwaltungs- und Strafrecht) ist verabschiedet</li> <li>➤ Der Bundesrat trifft die für die Erstellung der Botschaft zur Staatsleitungsreform grundlegenden Entscheide zur Ausgestaltung</li> <li>➤ Von den Ergebnissen der Vernehmlassung zum Öffentlichkeitsprinzip wird Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen bestimmt</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 2</u> *</b></p> <p><b>Die Verbesserungen des Vollzugs und die Stabilisierung der Ausgaben im Asyl- und Flüchtlingsbereich fortsetzen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Eine konsequente Rückkehrpolitik wird umgesetzt und vollzogen</li> <li>➤ Kostenfrage, Anreizstrukturen und die Frage der gesetzlichen Grundlage bezüglich Arbeitsverbot im Asylbereich sind geprüft und konkrete Vorschläge liegen vor</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 3</u> *</b></p> <p><b>Die Migrationspolitik, insbesondere in der Umsetzung der bilateralen Verträge und der verstärkten Integrationspolitik, neu ausrichten</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Vernehmlassung zum Ausländergesetz ist durchgeführt (Totalrevision ANAG)</li> <li>➤ Die Integrationsverordnung ist in Kraft gesetzt und die entsprechenden Strukturen im Integrationsbereich sind angepasst</li> <li>➤ Die Ausführungserlasse und Weisungen zur Umsetzung des freien Personenverkehrs sind vorbereitet</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 4</u></b>  <b>Die Vorarbeiten zu einer neuen Vorlage über die erleichterte Einbürgerung abschliessen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Bericht zu einem neuen Verfassungsartikel über die Einbürgerung von in der Schweiz geborenen und aufgewachsenen Ausländerinnen und Ausländern liegt vor</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 5</u></b>  <b>Die Bestrebungen für eine engere Justiz- und Polizeizusammenarbeit mit den EU-Staaten weiterführen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die mit den Nachbarstaaten geschlossenen Abkommen sind – soweit nicht ratifiziert – zur Ratifizierung bereit</li> <li>➤ Die Kontakte mit den umliegenden Staaten im Gefolge des Bürgenstocktreffens und den übrigen europäischen Staaten werden weiter gefördert, um eine Annäherung der Schweiz an den Europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu erreichen</li> <li>➤ Das Abkommen zur Zusammenarbeit mit der EUROPOL, insbesondere betreffend die Stationierung eines Verbindungsbeamten, ist unterzeichnet</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 6 *</u></b>  <b>Das Vertragsnetz der internationalen Rechtshilfe und die Zusammenarbeit im Bereich der organisierten Kriminalität ausbauen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Botschaft zum Staatsvertrag mit Ungarn über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist verabschiedet</li> <li>➤ Die Botschaft zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit Hongkong ist verabschiedet</li> <li>➤ Die Botschaft zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit Ägypten ist verabschiedet</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 7</u></b>  <b>Die Massnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit fortführen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Umsetzungsarbeiten zur Effizienzvorlage sind initialisiert</li> <li>➤ Der Bundesrat hat vom ersten Bericht USIS (Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit) über die IST-Analyse Kenntnis genommen und die KKJPD hat dazu Stellung genommen</li> <li>➤ Der provisorische Betrieb der DNA-Profil-datenbank ist aufgenommen und die Zusatzbotschaft für die formellgesetzliche Grundlage verabschiedet*</li> <li>➤ Die Zentralstelle Italien ist aufgebaut</li> <li>➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Sexual-</li> </ul>

	<p>strafrechts ist verabschiedet*</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Botschaft zum Ausweisgesetz ist verabschiedet*</li> <li>➤ Vorentwurf und Begleitbericht zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts liegen vor</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 8</u></b>  <b>Die Massnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fortführen und erweitern</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Botschaft zum Fusionsgesetz ist verabschiedet*</li> <li>➤ Die Botschaft zur Revision des Versicherungsvertrags- und des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist verabschiedet*</li> <li>➤ Das Spielbankengesetz und die dazugehörigen Verordnungen sind in Kraft gesetzt; das Spielbankensekretariat und die Rekurskommission Spielbanken sind aufgebaut</li> <li>➤ Die Vernehmlassung über ein Bundesgesetz betreffend digitale Signatur und notwendige Anpassungen des Privatrechts an den elektronischen Geschäftsverkehr ist eröffnet</li> <li>➤ Von den Vernehmlassungsergebnissen zum Rechnungslegungsrecht wird Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt</li> <li>➤ Von den Vernehmlassungsergebnissen zur Revision des Rechts der GmbH wird Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt</li> <li>➤ Die Botschaft zum Designgesetz ist verabschiedet*</li> <li>➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Patentgesetzes über den rechtlichen Schutz von biotechnologischen Erfindungen ist durchgeführt</li> <li>➤ Die Vorentscheide über den Revisionsumfang des Lotteriegesetzes sind getroffen</li> <li>➤ Die Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts ist durchgeführt</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 9</u></b>  <b>Die Strukturüberprüfung im BAP, die Querschnittsfunktionen BFF/BFA und NOVE IT im EJPD umsetzen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die neuen Strukturen im Polizeibereich sind umgesetzt</li> <li>➤ Die Querschnittsfunktionen BFA-BFF sind untersucht und der Umsetzungsplan liegt vor</li> <li>➤ Die Organisationsstruktur des Informatik Service Center EJPD ist operationell und die damit zusammenhängenden Personaltransfers sind vollzogen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 10</u></b>  <b>Die Lösung von grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Rechtsfragen weiter vortreiben</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Botschaft zur Volksinitiative "Gleiche Rechte für Behinderte" ist verabschiedet*</li> <li>➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens des Europarats Menschenrechte und Biomedizin und zum Zusatzprotokoll über das Verbot des Klonens ist verabschiedet*</li> <li>➤ Von den Vernehmlassungsergebnissen zum Bericht über gleichgeschlechtliche Paare wird Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt</li> <li>➤ Von den Vernehmlassungsergebnissen zur Genomanalyse wird Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt</li> <li>➤ Das weitere Vorgehen in der Sterbehilfe ist festgelegt</li> <li>➤ Die Botschaft zur Volksinitiative "Für Mutter und Kind – für den Schutz des ungeborenen Kindes und für die Hilfe an seiner Mutter in Not" ist verabschiedet</li> <li>➤ Vom dritten Opferhilfebericht wird Kenntnis genommen das weitere Vorgehen für die Revision des Opferhilfegesetzes ist festgelegt</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 11</u></b> <b>Weitere Rechtssetzungsprojekte</b></p>	<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögenswerte ist durchgeführt</li><li>➤ Die Botschaft zur Änderung des ZGB, Informatisierung der Zivilstandsregister, ist verabschiedet*</li></ul>
--	--

# ZIELE FÜR DAS JAHR 2000

## Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

<b>Jahresziele 2000</b> * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2000	<b>Massnahmen 2000</b>
<p><b><u>Ziel 1</u> *</b></p> <p><b>Die Umsetzung des Sicherheitspolitischen Berichts 2000 ist ange- laufen. Die Definition der Armee XXI verläuft planmässig</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das Armeeleitbild liegt vor; die Vernehmlassung ist vom Bundesrat eingeleitet</li> <li>➤ Die vorgezogene Teilrevision des Militärgesetzes ist vom Parlament verabschiedet</li> <li>➤ Das Rüstungsprogramm 2000 orientiert sich am Sicherheitspolitischen Bericht 2000 und an der Armee XXI</li> <li>➤ Die Fähigkeit für Engagements in der Friedensförderung wird weiter ausgebaut</li> <li>➤ Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Ausland und den internationalen Organisationen wird intensiviert</li> <li>➤ Die Leistungen im Bereich der Existenzsicherung werden nach Prioritäten und nach Massgabe der Ressourcen fortgeführt und qualitativ ausgebaut. Die Leistungen zu Gunsten Dritter werden strikte auf Grund der entsprechenden Verordnung vom 8. Dezember 1997 erbracht</li> <li>➤ Die Leistungserbringung der Armee zum Nutzen des Landes und der Bevölkerung wird permanent kommuniziert</li> <li>➤ Die Botschaften zu den Volksinitiativen "Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee" und Solidarität schafft Sicherheit. Für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst (ZFD)" sind vom Bundesrat genehmigt</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 2</u> *</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Mit der Entsendung eines Schweizer Kontin-</li> </ul>

<p><b>Mitwirkung an den internationalen Anstrengungen für eine dauerhafte Stabilisierung des Balkans</b></p>	<p>gents (Swisscoy) in eine multinationale friedensunterstützende Operation sammelt unser Land im Kooperationsbereich erste wertvolle Erfahrungen</p>
<p><b><u>Ziel 3</u> *</b> <b>Grundsätze, Aufgaben und Mittel des Bevölkerungsschutzes sind definiert</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Eckwerte für den Bevölkerungsschutz sind von den Kantonen und von den Partnerorganisationen akzeptiert</li> <li>➤ Das Leitbild für den Bevölkerungsschutz liegt vor; die Vernehmlassung ist vom Bundesrat eingeleitet</li> <li>➤ Die Ergebnisse der Leistungsanalyse im Bundesamt für Zivilschutz werden im Hinblick auf die Zielsetzungen des Projektes Bevölkerungsschutz realisiert</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 4</u> *</b> <b>Teile des sportpolitischen Konzepts sind umgesetzt</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das neue Programm "Jugend + Sport 2000" ist verabschiedet</li> <li>➤ Die Elemente "Sport und Gesundheit" "Sport und Senioren" und "Spitzensport als Beruf" sind umgesetzt</li> <li>➤ Die Rahmenbedingungen für den Spitzensport sind verbessert (in Zusammenarbeit mit den privatrechtlichen Partnern)</li> <li>➤ Die Risikoanalyse bezüglich Extremsportarten liegt vor; allfällige Massnahmen sind eingeleitet</li> </ul>



<p><b><u>Ziel 5</u></b>  <b>Die Grundlagen zur wirkungsorientierten Führung des VBS sind geschaffen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das Grobkonzept für den Reformprozess ist verabschiedet</li> <li>➤ Die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Chef VBS und seinen Direktunterstellten liegen vor</li> <li>➤ In Koordination mit dem EFD sind die notwendigen Führungsinstrumente definiert und im Aufbau:             <ul style="list-style-type: none"> <li>– Die Möglichkeiten des Ausgabenplafonds sind bedarfsgerecht genutzt</li> <li>– Die Idee einer wirkungsorientierten Budgetierung ist auf der politischen Ebene aktiv kommuniziert</li> <li>– Die Ressourcen (Finanzen, Personal, Informatik, Immobilien) sind aufgabenorientiert geführt</li> </ul> </li> <li>➤ Die personalpolitischen Rahmenbedingungen für die Reformprojekte des VBS sind in die entsprechenden Verordnungen eingebracht</li> <li>➤ Die departementsweite Management-Development-Planung ist gemäss Vorgaben der Geschäftsleitung VBS umgesetzt</li> <li>➤ Die Safety- und Security-Anforderungen des VBS sind definiert, die Umsetzung ist eingeleitet und die Verantwortlichkeiten sind eindeutig zugewiesen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 6*</u></b>  <b>Der Führungsprozess wird auf jeder Stufe gemäss der delegierten Verantwortung und Kompetenz kommuniziert und sichtbar optimiert</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Grundsatz der Kongruenz von Aufgabe, Verantwortung und Kompetenz wird verstärkt umgesetzt</li> <li>➤ Die interne Kommunikation ist departementsweit gezielt als Instrument des Change Management ausgebaut</li> </ul>

# ZIELE FÜR DAS JAHR 2000

## Finanzdepartement

<b>Jahresziele 2000</b> * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2000	<b>Massnahmen 2000</b>
<u>Ziel 1</u> * <b>Schuldenbremse</b>	➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet
<u>Ziel 2</u> * <b>Neuer Finanzausgleich</b>	➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet
<u>Ziel 3</u> <b>Revision Nationalbankgesetz</b>	➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet
<u>Ziel 4</u> * <b>Solidaritätsstiftung / Überschussreserven SNB</b>	➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet  ➤ Die revidierte Verordnung zum Währungs- und Zahlungsmittelgesetz ist verabschiedet und das Gesetz in Kraft gesetzt
<u>Ziel 5</u> * <b>Neue Finanzordnung</b>	➤ Das Vernehmlassungsverfahren ist eröffnet
<u>Ziel 6</u> * <b>Familienbesteuerung</b>	➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet
<u>Ziel 7</u> * <u><b>Umsatzsteuer</b></u>	➤ Einsetzen einer Arbeitsgruppe, die eine Anschlusslösung an die dringlichen Massnahmen vorbereitet
<u>Ziel 8</u> * <b>Mehrwertsteuer</b>	➤ Die Ausführungsverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet
<u>Ziel 9</u> <b>Formelle Steuerharmonisierung</b>	➤ Steuerharmonisierungsgesetz Art. 22/68: Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet
<u>Ziel 10</u> *	➤ Die Ausführungsbestimmungen (inkl. Neues

<p><b>Bundespersonalgesetz</b></p>	<p>Lohnsystem) sind erarbeitet</p>
<p><b><u>Ziel 11</u> *</b> <b>Sanierung der PKB</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Altlasten sind abgebaut und die Versicherungsdossiers bereinigt</li> <li>➤ Die Voraussetzungen für die Abnahme der Sonderrechnung 2000 ohne Einschränkungen sind geschaffen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 12</u> *</b> <b>Projekt PUBLICA</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Gesetzgebungsprozess für die neue Pensionskasse ist abgeschlossen und die nachgeordneten Erlasse verabschiedet</li> <li>➤ Die Ueberführungsvorbereitungen sind abgeschlossen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 13</u></b> <b>Projekt NOVE IT</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Finanzierung der Reorganisation der Informatik und Telekommunikation der Bundesverwaltung ist vom Parlament beschlossen</li> <li>➤ Das Leitbild und die Verordnung sind vom Bundesrat verabschiedet</li> <li>➤ Die Bundesverwaltung ist in den neuen Strukturen operationell</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 14</u></b> <b>LSVA</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das Gesamtsystem zum Bezug der LSVA ist per 1.1.2001 funktionsfähig</li> </ul>

# ZIELE FÜR DAS JAHR 2000

## Volkswirtschaftsdepartement

<b>Jahresziele 2000</b> * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2000	<b>Massnahmen 2000</b>
<p><b><u>Ziel 1</u> *</b></p> <p><b>Stärkung und Erweiterung des multilateralen Handelssystems</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Innerhalb der WTO, Fortsetzung der Diskussion über das Follow-Up von Seattle</li> <li>➤ Beginn der sektoriellen Verhandlungen über Dienstleistungen und Landwirtschaft auf der Basis des in Marrakesch verabschiedeten Mandats</li> <li>➤ Kontinuierliche Information der Öffentlichkeit über den Verlauf dieser Verhandlungen</li> <li>➤ Organisation in Genf der Sondersession der UNO-Generalversammlung (Genf 2000: Folgekonferenz zum Weltsozialgipfel)</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 2</u> *</b></p> <p><b>Umsetzung der bilateralen Abkommen mit der EU</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Inkraftsetzung der bilateralen Abkommen auf den 1. Januar 2001</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 3</u> *</b></p> <p><b>Verbesserung der institutionellen Beziehungen zu regionalen Wirtschaftsblöcken</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ EFTA-Präsidentschaft im ersten Semester 2000</li> <li>➤ Im Rahmen der EFTA und auf Basis der Gegenseitigkeit, Präferenzabkommen mit Ländern wichtiger überseeischer Märkte (Nord- und Südamerika, Mittlerer Osten, Afrika, Asien), im Mittelmeerraum und mit Zentral- und Osteuropa</li> <li>➤ Unterschrift eines Freihandelsabkommen mit Kanada</li> <li>➤ Vorbereitung von Freihandelsabkommen mit Ländern des Mittelmeerraums, wie Jordanien, Zypern oder Tunesien</li> <li>➤ Weitere Kontakte mit anderen Ländern wie Mexiko, Chile, Südafrika, dem Mercosur, und mit Korea</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 4</u></b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Mitarbeit bei der Gestaltung einer neuen in-</li> </ul>

<p><b>Unterstützung der Oststaaten und Entwicklungsländer zur besseren Integration in die Weltwirtschaft</b></p>	<p>ternationalen Finanzstruktur und bei einer angemessener Finanzierung der multilateralen Finanzinstitutionen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Erarbeitung einer Strategie der Schweiz zur wirtschaftlichen Wntwicklung der Länder Südosteuropas im Rahmen des Stabilitätspaktes</li> <li>➤ Evaluation der Umsetzung des BRB vom 29.10.97 betreffend die Zusammenarbeit EDA-EVD im Bereich Unterstützung der Entwicklungs- und Transformationsländer</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 5</u> *</b> <b>Beseitigung privater Wettbewerbsbeschränkungen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Bericht über den Reformbedarf des Wettbewerbsrecht: Prüfung der Einführung einer direkten Sanktionierung von Verletzungen des Kartellgesetzes</li> <li>➤ Zwischenbericht zum Vollzug des Kartellgesetzes und zum Funktionieren der Wettbewerbsbehörden</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 6</u></b> <b>Neugestaltung der Wohnungspolitik</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Begleitung der parlamentarischen Debatte zum Mietrecht</li> <li>➤ Botschaft zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (falls die Motion Maissen als Motion überwiesen wird)</li> <li>➤ Gestaltung der zukünftigen Wohnungspolitik gemäss Entscheide des BR im Neuen Finanzausgleich</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 7</u></b> <b>Evaluation der Agrarpolitik 2002 und Vorbereitung der nächsten Schritte</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Erster Evaluationsbericht der neuen Agrarpolitik</li> <li>➤ Feinstellung der Massnahmen</li> <li>➤ Verstärkung der Instrumente für die Inspektion, die Kontrolle und das Controlling der Umsetzung</li> <li>➤ Einsetzung der Konsultativkommission für die Vorbereitung der nächsten Etappe der Agrarreform (2004-2007)</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 8</u></b> <b>Herstellung der Rahmenbedin-</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Weiterführung der Seuchenbekämpfung und der Verhinderung der Übertragung der</li> </ul>

<p><b>gungen einer auf In- und Auslandsmärkten wettbewerbsfähigen Landwirtschaft</b></p>	<p>Krankheiten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Verstärkung der Kontrolle der Lebensmittel tierischen Ursprungs</li> <li>➤ Bericht über die Qualitätssicherung der Lebensmittel (mit EDI, gemäss BRB vom 27.5.98)</li> <li>➤ Qualitätspolitik für landwirtschaftliche Produkte: Einbezug der Nutztierhaltung in die Bio Verordnung und Registrierung der GUB/GGA</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 9</u> *</b></p> <p><b>Weiterführung des Programms zur Deregulierung und administrativen Entlastung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Gründung und Entwicklung von Unternehmen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Einführung einer Regulierungsfolgeabschätzung</li> <li>➤ Botschaft zur Harmonisierung unter Kriegsmaterialgesetz, Güterkontrollgesetz, Waffengesetz und Sprengstoffgesetz</li> <li>➤ Botschaft zu Revision des Reisendengewerbesgesetzes</li> <li>➤ Bericht zur Konsumgütersicherheit in der Schweiz</li> <li>➤ Weiterführung des Projekts "Inventar wirtschaftsrechtliche Verfahren"</li> <li>➤ Pilotprojekte für Gründungsadministration und Bewilligungsverfahren online</li> <li>➤ Bericht zu den Förderungsmöglichkeiten für Unternehmensgründungen, mit einem Massnahmenkatalog (z.B: Risikokapital)</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 10</u> *</b></p> <p><b>Förderung der Flexibilität des Arbeitsmarktes</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ausführungsverordnungen zum Arbeitsgesetz unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Sozialpartner</li> <li>➤ Botschaft zur Volksinitiative 'für eine kürzere Arbeitszeit'</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 11</u> *</b>  <b>Promotion des Wirtschaftsstandortes Schweiz</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Neues Exportförderungsgesetz und Anpassung des Systems der Exportförderung an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen</li> <li>➤ Ausbau von Synergien mit den Partnerorganisationen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 12</u></b>  <b>Entwicklung wettbewerbsfähiger Strukturen in den Teilräumen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Inkraftsetzung des Programms Interreg III</li> <li>➤ Vorbereitung der Fortführung des Bundesbeschlusses zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete (Bonny-Beschluss)</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 13</u> *</b>  <b>Reform der Berufsbildung</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Umsetzung des Lehrstellenbeschlusses II</li> <li>➤ Botschaft zur Revision des Berufsbildungsgesetzes</li> <li>➤ Botschaft zur Volksinitiative 'für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot'</li> <li>➤ Bericht über die Weiterbildung</li> <li>➤ Integration der Berufsbildung in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kunst</li> <li>➤ Erarbeitung eines Ausbildungskonzeptes im Informatikbereich</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 14</u></b>  <b>Integration der Fachhochschulen in das schweizerische Hochschulnetz</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Zwischenbericht über den Stand der Fachhochschul-Reform</li> <li>➤ Erste Fachhochschul-Diplome und Überführung bisheriger Titel</li> <li>➤ Einrichtung von nationalen Kompetenznetzwerken</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 15</u></b>  <b>Wertschöpfung aus Wissen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Umsetzung der Ausbildungsoffensive im Bereich der Informationsgesellschaft. Zweiter Zwischenbericht an den Bundesrat</li> <li>➤ Weiterführung der Arbeiten im Bereich e-commerce</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 16</u> *</b>  <b>Gewährleistung eines angemessenen Ersatzeinkommens an Arbeitslose</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 17</u></b>  <b>Umsetzung des Berichts über die Pflichtlagerpolitik für die Jahre 2000-2003</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Rechtliche Massnahmen:             <ul style="list-style-type: none"> <li>– Aufhebung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Tee</li> <li>– Anpassung der Reglemente und der Weisungen an die Pflichtlagerorganisationen</li> </ul> </li> <li>➤ Sachliche Massnahmen zur Herabsetzung der Pflichtlagermengen im Agrarbereich (z.B. Zucker, Fett/Öl, Reis, Kaffee, Kakaobohnen, Kakaobutter, Tee, Getreide), im Energiebereich (z.B. Treib- und Brennstoffe, Heizöl, Erdgas), für die Medikamente, usw.</li> <li>➤ Vorbereitung auf rechtlicher und organisatorischer Eben der Überführung der Getreidepflichtlagerhaltung vom Bundesamt für Landwirtschaft in das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 18</u></b>  <b>Definition der Rolle und Aufgaben des Zivildienstes in Abstimmung der Entwicklung der Instrumenten der Sicherheitspolitik</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Revision des Zivildienstgesetzes in Abstimmung mit den Projekten Armee XXI und Bevölkerungsschutz 2000: Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens</li> <li>➤ Erarbeitung einer Verordnung über ausserordentliche Zivildienstleistungen</li> <li>➤ Erarbeitung und Umsetzung eines Leitbildes des Zivildienstes</li> </ul>



<p><b><u>Ziel 19</u></b>  <b>Reorganisation der Informatik des EVD</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Umsetzung der Entscheide aus NOVE-IT im EVD :             <ul style="list-style-type: none"> <li>– Projekt MERKUR: Erarbeitung des "Concept d'organisation opérationnelle" und Beginn der technischen Migration und der Migration des Personals. Definition des Sicherheitskonzeptes</li> <li>– Aufbau des departementalen Rechenzentrums an der Güterstrasse 24, im Hinblick auf die Trennung zwischen den Leistungsbezügern und dem Leistungserbringer</li> <li>– Projekt SIGMA : Definition einer Informatik-Strategie für die Eidgenössischen Forschungsanstalten, das Eidg. Gestüt und das IVI</li> <li>– Projekt SERVO : Qualitätskontrolle des Projektes AVAM/ASAL 2003 (Ablösung des aktuellen Systems infolge der gesetzlichen und technischen Entwicklungen)</li> <li>– Projekt MARS: Einführung von SAP im GS, im BBT, im BWL, im BWO und im Sekretariat der WEKO</li> </ul> </li> </ul>
<p><b><u>Ziel 20</u></b>  <b>Wahl der Mitglieder der ausserparlamentarischen Kommissionen im Zuständigkeitsbereich des EVD für die Amtsdauer 2001-2004</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Mitglieder der ausserparlamentarischen Kommissionen im Zuständigkeitsbereich des EVD für die Amtsdauer 2001-2004 sind gewählt</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 21</u></b>  <b>Erlass einer Geschäftsordnung des EVD</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Geschäftsordnung des EVD liegt vor</li> </ul>

# ZIELE FÜR DAS JAHR 2000

## Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

<b>Jahresziele 2000</b> * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2000	<b>Massnahmen 2000</b>
<b><u>Ziel 1</u></b> <b>Stärkung der Raumordnungs- politik</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Das neue Bundesamt für Raumordnung und Verkehrskoordination (Arbeitstitel) ist gebildet</li><li>➤ Der Bericht über die Massnahmen des Bundes zur Raumordnungspolitik (Realisierungsprogramm 2000-2003) ist verabschiedet</li></ul>
<b><u>Ziel 2</u> *</b> <b>Die Grundlagen für eine marktge- rechte und ökologisch ausgerichte- te Energiepolitik sind vorbereitet und teilweise verabschiedet</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Basierend auf dem Volksentscheid über die Energieabgaben ist das Nachfolgeprogramm zu Energie 2000 definiert (Ziele, Strukturen, Massnahmen)</li><li>➤ Die Vorarbeiten zur Botschaft zu den Atominitiativen und die Vernehmlassung zum Kernenergiegesetz (indirekter Gegenvorschlag) sind durchgeführt</li><li>➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Änderung des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz ist verabschiedet</li><li>➤ Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist in Kraft gesetzt</li><li>➤ Die Verordnung über den Entsorgungsfonds für Kernkraftwerke ist verabschiedet</li><li>➤ Zum Gasmarktgesetz werden Vorarbeiten aufgenommen</li></ul>

<p><b><u>Ziel 3</u> *</b></p> <p><b>Die Umsetzung der Eisenbahngrossprojekte und die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene nehmen Gestalt an</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Vollzugsverordnungen zum Landverkehrsabkommen liegen vor</li> <li>➤ Die Verordnungen und Verordnungsänderungen zur Umsetzung der flankierenden Massnahmen liegen vor</li> <li>➤ Das Monitoring-Konzept flankierende Massnahmen liegt vor</li> <li>➤ Das Konzept für die Subventionierung des Wagenladungsverkehrs (2001-2004) liegt vor</li> <li>➤ Erste Tranchen der Objektkredite und Reserven zur NEAT sind vom Bundesrat freigegeben</li> <li>➤ Die Verordnung zum Vollzug der Lärmsanierungsmassnahmen der Eisenbahnen ist verabschiedet</li> <li>➤ Die Botschaften zur Genehmigung der Abkommen über die HGV-Anschlüsse mit Italien und Frankreich liegen vor</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 4</u> *</b></p> <p><b>Einbettung der Zivilluftfahrt in eine koordinierte Gesamtverkehrspolitik und in einen raumordnungspolitischen Rahmen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) 1. Teil (Grundsatzbeschlüsse) ist vom Bundesrat verabschiedet</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 5</u> *</b></p> <p><b>Weiterentwicklung des internationalen Umweltrechts</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Botschaften zur Ratifizierung der PIC-Konvention und von zwei Protokollen der UN/ECE-Konvention über weiträumige Luftverschmutzung (Schwermetalle, persistente organische Schadstoffe) sind vom Bundesrat verabschiedet</li> <li>➤ Das Protokoll über die Sicherheit in der Biotechnologie zur Konvention über die biologische Diversität ist von der Schweiz unterzeichnet</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 6</u> *</b>  <b>Weiterführen einer nachhaltigen Umweltpolitik in der Schweiz</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Bundesrat hat über die Aufnahme der Gletschervorfelder ins Aueneinventar entschieden, die Natur- und Heimatschutzverordnung revidiert und das Amphibieninventar verabschiedet</li> <li>➤ Ein Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung der Strategie "nachhaltige Entwicklung in der Schweiz" und zum weiteren Vorgehen ist vom Bundesrat verabschiedet</li> <li>➤ Die Anpassung der Verordnungen zu den Abgasvorschriften für Motorfahrzeuge und Baumaschinen wird geprüft, falls die EU entsprechende Vorschriften verschärft</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 7</u></b>  <b>Die Voraussetzungen für eine erhöhte Verkehrssicherheit sind geschaffen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Systeme, Mindestausrüstungen und das Vorgehen gemäss Art. 42 EBV sind festgelegt</li> <li>➤ Die Übernahme der hoheitlichen Aufgaben im Bereich Sicherheit ist in der Praxis eingespielt</li> <li>➤ Die Projektorganisation ist eingesetzt</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 8</u></b>  <b>Eine neue Waldpolitik wird vorbereitet</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Vorarbeiten zur Waldpolitik (neues Grundlagenpapier) sind durchgeführt</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 9</u></b>  <b>Die 2. Umsetzungsphase der Strategie für eine Informationsgesellschaft ist abgeschlossen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ 2. Bericht der KIG (insbesondere zum Stand der Realisierung der prioritären Aktionen und Vorschläge für das weitere Vorgehen zur Umsetzung der Bundesratsstrategie) ist vom Bundesrat zur Kenntnis genommen</li> <li>➤ Die Frage der Finanzierung der Aktionen im Bildungsbereich ist beantwortet (in Zusammenarbeit mit dem EVD und EDI)</li> <li>➤ Die Frage der Machbarkeit eines "guichet universel" ist beantwortet (in Zusammenarbeit mit der BK)</li> <li>➤ Die Frage des weiteren Vorgehens für den Rechtsrahmen ist beantwortet</li> </ul>

<p><b><u>Ziel 10</u></b>  <b>Das Projekt NASA ist weitgehend vernehmlassungsreif</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die nötigen Gesetzesänderungen und Gesetzesneuschaffungen werden in Angriff genommen</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 11</u></b>  <b>Die Erdbebenvorsorge beim Bund wird an die Hand genommen</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Entwurf eines Massnahmenkonzepts liegt vor</li> </ul>
<p><b><u>Ziel 12</u></b>  <b>Die erste Etappe zur Integration der zivilen und militärischen Flugsicherung ist realisiert</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der integrierten Flugsicherungsgesellschaft sind bestimmt</li> <li>➤ Die Eigentümerstrategie ist verabschiedet</li> </ul>

## Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2000: Überblick

- Ziel 00-1      Botschaft zum UNO-Beitritt – Öffentlichkeitsarbeit
- Ziel 00-2      Umsetzung bilaterale sektorielle Abkommen mit der EU
- Ziel 00-3      Mitwirkung an den internationalen Anstrengungen für eine dauerhafte Stabilisierung des Balkans
- Ziel 00-4      Schaffung der KOKO-Nachfolgeorganisation "Präsenz Schweiz" (PRS) – Regelung des internationalen Kulturgütertransfers
- Ziel 00-5      Festlegung Schweizer Verhandlungsmandat für die neue WTO-Runde – Verbesserter Zutritt zu ausländischen Märkten – Exportförderungsgesetz
- Ziel 00-6      Schaffung eines "Corps" von freiwilligen zivilen Experten im Bereich der Friedensförderung – Erarbeitung des Berichts "Sicherheit und nachhaltige Entwicklung" – Vernehmlassung zum neuen Armeeleitbild XXI und zum neuen Leitbild Bevölkerungsschutz
- Ziel 00-7      Revision des Berufsbildungsgesetzes – Vorarbeiten für einen Hochschulartikel in der Verfassung – Zusammenarbeitsvereinbarung mit den Kantonen im Hochschulbereich
- Ziel 00-8      Vorbereitung der integralen Beteiligung der Schweiz an den EU-Forschungsprogrammen sowie Vorbereitung der Verhandlungen für eine integrale Beteiligung an den EU-Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen
- Ziel 00-9      Bericht Reformbedarf Kartellrecht – Bericht Förderung Unternehmensgründungen – Neuregelung Fusionsrecht – Neuregelung Versicherungsaufsichts- und Versicherungsvertragsrecht – Ausführungsverordnungen zum Arbeitsgesetz
- Ziel 00-10      Vernehmlassung zur Neuen Finanzordnung – Botschaft zur Schuldenbremse – Vernehmlassung zur Reform der Familienbesteuerung – Ausführungsverordnung zum Mehrwertsteuergesetz
- Ziel 00-11      Inkraftsetzung CO<sub>2</sub>-Gesetz – Energiepolitisches Programm – Vernehmlassung zum neuen Kernenergiegesetz – Verordnung Sicherstellung Entsorgungskosten

- Ziel 00-12 Internationale Abkommen Luftreinhaltung und biologische Diversität – Bericht über den Stand der Umsetzung der Strategie "Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz"
- Ziel 00-13 Vollzug des Landverkehrsabkommens und der flankierenden Massnahmen – Beginn Hauptbauphase NEAT – Anschlüsse an des europäische Hochgeschwindigkeitsnetz
- Ziel 00-14 Vernehmlassung zum neuen Radio- und Fernsehgesetz
- Ziel 00-15 Statistisches Mehrjahresprogramm des Bundes 1999-2003
- Ziel 00-16 Abschluss Regierungs- und Verwaltungsreform (inkl. Erlass Ausführungsverordnung zum Bundespersonalgesetz sowie Bereinigung der Altlasten und Verabschiedung der Ausführungsverordnung zum PKB-Gesetz) – Staatsleitungsreform – Umsetzung der Justizreform mit dem Bundesgerichtsgesetz
- Ziel 00-17 Vorbereitung von rechtlichen Grundlagen zur Errichtung und Finanzierung der Stiftung Solidarische Schweiz
- Ziel 00-18 Botschaften zur Konsolidierung der AHV und der beruflichen Vorsorge – Vernehmlassung zur 4. IV-Revision – Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes betreffend die Neuregelung der Spitalfinanzierung – Vernehmlassung zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes – Weiteres Vorgehen zum Verfassungsauftrag zur Gleichstellung Behinderter
- Ziel 00-19 Aufbau und Entwicklung einer Nationalen Gesundheitspolitik – Revision des Betäubungsmittelgesetzes – Massnahmen zur Suchtprävention und Suchtbehandlung – Botschaft zur Ratifikation der Bioethikkonvention und des Klonierungsprotokolls
- Ziel 00-20 Weiterbearbeitung Neuer Finanzausgleich nach Vernehmlassung
- Ziel 00-21 Botschaft zum neuen Sprachengesetz
- Ziel 00-22 Botschaft zur Revision des Filmgesetzes – Verabschiedung Neues Programm "Jugend + Sport 2000"
- Ziel 00-23 Umsetzung einer konsequenten Rückkehrpolitik – Überprüfung der Kosten und Anreizstrukturen im Asylwesen – Totalrevision des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG)
- Ziel 00-24 Aufnahme des provisorischen Betriebs DNA-Profil-Datenbank

## Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2000:

### Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte

(Verabschiedung pro Halbjahr)

#### 1 Die Schweiz als Partnerin in der Welt – Chancen einer offenen und zukunftsorientierten Schweiz wahrnehmen

1.1 Aussenbeziehungen	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
• Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)		X
• Bericht über das erste Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention		X
• Bilanz zum aussenpolitischen Bericht 1993 (in Erfüllung des Postulates Zbinden vom 17. März 1999)		X
• Botschaft zur Ratifikation der UNESCO-Konvention von 1970 zur Bekämpfung des illegalen Kulturgütertransfers		X
• Botschaft über ein Bundesgesetz zur Förderung des Exports und einen Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Finanzhilfe 2001-2003 für die Exportförderung	X	
• Botschaft zum Embargogesetz		X

1.2 Sicherheit	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
• Botschaft zur Volksinitiative "Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee"	X	
• Botschaft zur Volksinitiative "Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)"	X	
• Botschaft zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit der Sonderverwaltungsregion Hongkong	X	
• Botschaft zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit Ägypten		X
• Botschaft zum Staatsvertrag mit Ungarn über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität	X	



## 2 Die Schweiz als attraktiver Werk-, Denk- und Schaffensplatz – Entfaltungschancen der kommenden Generationen sicherstellen und verbessern

2.1	Forschung und Bildung	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
	• Botschaft über die Revision des Berufsbildungsgesetzes (BBG)	X	

2.2	Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
	• Botschaft zum Fusionsgesetz	X	
	• Botschaft zum Bundesgesetz über die Versicherungsaufsicht		X
	• Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag		X
	• Bericht über die Förderung von Unternehmensgründungen		X
	• Botschaft zu Teilrevisionen des Waffengesetzes, des Kriegsmaterialgesetzes, des Sprengstoffgesetzes und des Güterkontrollgesetzes	X	
	• Botschaft zu einem Bundesbeschluss zur Genfer Akte des Haager Musterschutz-Abkommens und einem Bundesgesetz über den Schutz von Design (Designgesetz)	X	
	• Botschaft zum Bundesgesetz über das Reisendengewerbe	X	

2.3	Finanzen und Bundeshaushalt	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
	• Botschaft zur (verfassungsrechtlichen) Schuldenbremse	X	
	• Bericht über Steuer- und Abgabeprojekte (in Erfüllung des Postulats der FDP-Fraktion vom 3. März 1999 und des Postulats Schiesser vom 3. März 1999)	X	

<b>2.4 Umwelt und Infrastruktur</b>	<u>1. Halbjahr</u> 2000	<u>2. Halbjahr</u> 2000
• Botschaft zur Ratifizierung der bilateralen Vereinbarung Schweiz – Italien bezüglich der Südanschlüsse	X	
• Botschaft zur Ratifizierung der bilateralen Vereinbarung Schweiz – Frankreich bezüglich der TGV-Anschlüsse	X	
• Botschaft zum Bundesgesetz über die Änderung des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz	X	
• Botschaft zur Ratifizierung der PIC-Konvention		X
• Botschaft zur Ratifizierung des Protokolls vom 24. Juni 1998 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle	X	
• Botschaft zur Ratifizierung des Protokolls vom 24. Juni 1998 zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, betreffend persistente organische Schadstoffe von 1979		X

<b>2.5 Informationsgesellschaft und Medien</b>	<u>1. Halbjahr</u> 2000	<u>2. Halbjahr</u> 2000
• Statistisches Mehrjahresprogramm 1999-2003	X	

<b>2.6 Staatliche Institutionen</b>	<u>1. Halbjahr</u> 2000	<u>2. Halbjahr</u> 2000
• Botschaft zum Bundesgesetz über das Bundesgericht und zum Bundesgesetz über das eidg. Verwaltungs- und Strafgericht		X
• Botschaft über die Teilrevision ZGB (Informatisierung der Zivilstandsregisterführung)		X
• Botschaft zum Ausweisgesetz		X
• Bericht über die Legislaturplanung 1999-2003	X	

### 3 Die Schweiz als Heimat für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner – Identitätsraum für alle Generationen schaffen

3.1 Soziale Sicherheit und Gesundheit	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
• Botschaft über die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 über die Neuordnung der Spitalfinanzierung	X	
• Botschaft zur Volksinitiative "Gesundheit muss bezahlbar bleiben"	X	
• Botschaft zur Volksinitiative "Gleiche Rechte für Behinderte"	unbestimmt	
• Botschaft über die Revision des Betäubungsmittelgesetzes		X
• Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens des Europarats über Menschenrechte und Biomedizin sowie das Zusatzprotokoll über das Verbot des Klonens	X	

3.2 Regionaler Ausgleich	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
• Bericht über die Massnahmen des Bundes zur Raumordnungspolitik: Realisierungsprogramm 2000 – 2003		X

3.3 Gesellschaft, Kultur und Sport	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
• Botschaft zum Sprachengesetz		X
• Botschaft zum Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur	X	
• Sonderbotschaft und Bundesbeschluss über Finanzhilfen an Sportanlagen von nationaler Bedeutung	X	

3.4 Migration	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
<ul style="list-style-type: none"> <li>· Botschaft über die Teilrevision des Asylgesetzes und des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (Insbesondere Ergänzung der Regelung der Erwerbstätigkeit von Personen aus dem Asylbereich, Änderung der Anreizstrukturen usw.)</li> </ul>		X
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Botschaft zum totalrevidierten Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (neu: Ausländergesetz)</li> </ul>		X

3.5 Innere Sicherheit	1. Halbjahr 2000	2. Halbjahr 2000
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Botschaft Teilrevision StGB, Verjährung bei Sexualdelikten und Verbot des Besitzes harter Pornografie</li> </ul>	X	